

sein Staatsunternehmen 50 000 Dollar für eine möglicherweise geklaute Marke zahlen? Vielleicht löst sich die Affäre ganz anders: Auch die DDR hat ihren Anspruch auf die Mauritius angemeldet, weil die Marke damals von ihrem Territorium verschwand.

Solange sich die beiden deutschen Staaten nicht über den wahren Eigentümer einigen, ruht das kostbare Stück – weder in Ost-Berlin noch in Bonn. Der US-Zoll hat die Marke sichergestellt.

## DDR

### Ständig Treibel

**Grüner Protest ist in der DDR unerwünscht: Eine Umwelt-Initiative wurde zerschlagen, ihr Gründer kaltgestellt und festgenommen.**

Es geschah am Morgen des 2. April. Der arbeitslose Klempnermeister Udo Zeitz, 30, hatte seine Töchter Inga und Linda in Schule und Kindergarten von Biesenthal gebracht, einer DDR-Kleinstadt, 35 Kilometer von Berlin entfernt. Auf dem Heimweg kaufte er sich ein paar Brötchen fürs Frühstück.

Zu Hause warteten schon die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Sie durchsuchten und fotografierten die Wohnung, nahmen den Handwerker fest und packten, so ein Freund, „alles ein, was wertvoll aussah“.

Als Zeitz' Frau Elke am Abend nach Hause kam – sie arbeitet im Kuhstall einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft –, fand sie die Wohnung durchwühlt. Beschwerden und Nachfragen bei den Behörden erbrachten nichts. Erst nach einer Woche erfuhr sie, daß ihr Mann in Frankfurt/Oder einsitze. Dort ist er immer noch. Der Vorwurf: Herabwürdigung der DDR.

Mit Zeitz' Verhaftung hat die Stasi eine Öko-Initiative lahmgelegt, die im idyllischen Biesenthal für grünen Protest sorgte. Stillgestellt wurde ein Mann, dessen Kampf gegen Umweltverpestung sogar die Spitzen des Staates wie SED-Chef Erich Honecker oder den Generalstaatsanwalt der DDR beschäftigte.

Begonnen hatte der Ärger Anfang 1984, als Zeitz beim „Rat des Kreises Bernau, Leiter Abt. Inneres“ den Antrag stellte, eine „gemeinnützige Gemeinschaft“ staatlich anzuerkennen. Sie sollte den Namen „progress“ tragen. Hauptziel der Fortschrittler laut Satzung und „Kampfprogramm“: Sie wollten „die Lebensqualität der Bürger ständig verbessern, dem Umweltschutz mehr zur Geltung verhelfen“.

Handlungsbedarf für Ökologen gab es in Biesenthal reichlich. Umliegende Seen dienen als Kloake, Fischsterben sind häufig, in der Landwirtschaft werden bedenkenlos Chemieprodukte eingesetzt. Die Luft ist so verschmutzt, daß die Stadt die Anerkennung als Luftkurort verlor.

„Da war ständig Treibel“, beschreibt Maschinenbauingenieur Jörg Lange den grünen Zoff. Lange, einer der Mitinitiatoren von „progress“, lebt heute in der Nähe von Bayreuth. Dreckschleuder des Ortes ist eine Furnierfabrik, der „VEB Möbelfolie“: „Die haben“, sagt Lange, „immer wieder ihre Rückstände einfach abgefackelt, auch wenn die Nachverbrennungsanlage kaputt war.“ Die Biesenthaler mußten's aushalten – „der ganze Ort roch oft, so ein widerlich süßer Duft war das“.

Zeitz und seine Progressiven hofften, in der Kommunalpolitik mitmischen zu können; um als Kandidaten bei den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen aufgestellt zu werden, wäre die staat-



**Spritzaktion aus der Luft**  
Hohes Fieber und Schüttelfrost

liche Anerkennung des Vereins nützlich gewesen.

Doch am 21. März 1984 teilte der „Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres“ dem „werten Herrn Zeitz“ mit, sein Antrag werde abgelehnt. Dem Handwerksmeister sei „nachgewiesen“ worden, „daß es nicht erforderlich ist, eine Vereinigung zu gründen“. Zeitz habe ja die Möglichkeit, „im Rahmen des Kulturbundes aktiv wirksam zu werden“. Den Freunden war klar: „Die wollten vor allem verhindern, daß sich ‚progress‘-Leute zur Wahl stellen“ (Lange).

Dennoch machten Zeitz und seine Freunde weiter: Sie trafen sich regelmäßig und versuchten die Biesenthaler für ihre Ziele zu mobilisieren – eine private DDR-Bürgerinitiative, ohne staatliche Anerkennung.

Im letzten Frühjahr begannen im Raum Biesenthal Spritzaktionen aus der Luft gegen Forstschädlinge. Am 15. Mai, gegen 15 Uhr, wurde auch die Siedlung, in der Zeitz wohnt, Häuser, Obst- und Gemüseärten sowie Hühner- und Kaninchenställe, mit dem Gift besprüht. Zeitz' dreijährige Tochter Linda spielte gerade im Garten – abends hatte das Mädchen hohes Fieber und Schüttelfrost. Drei Tage später mußte Linda eilig ins Kreiskrankenhaus gebracht werden. Diagnose: „Intoxikation mit Insektenvernichtungsmittel.“

Zeitz erstattete Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den Direktor des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes und den Leiter für Wasserwirtschaft und Umweltschutz beim Kreis. Zudem richtete er eine „Eingabe“ an den Staatsrat der DDR, worin er forderte, „die Bewohner über Wirksamkeit, Auswirkungen und Gefahren der angewendeten Mittel zu informieren“.

Damit nahm der Installateur ein Verfassungsrecht wahr. Jeder DDR-Bürger kann „Vorschläge, Hinweise, Anliegen oder Beschwerden“ vorbringen, die, sagt das Gesetz, „für die Verbesserung der Arbeit“ zu nutzen seien. „Spätestens innerhalb von vier Wochen“ sind Eingaben zu beantworten.

An diesen Passus erinnerte Udo Zeitz den Staatsrat im September, weil er bis dahin ohne Antwort geblieben war. Als er bis Anfang November noch immer nichts aus

Ost-Berlin gehört hatte, zeigte er den „Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, wegen Verstoßes gegen das Eingabengesetz in zwei Fällen“ an – einen Monat später verlor er seine Arbeit.

Sein Hauptkunde, der Staat, entzog ihm alle Aufträge und damit auch das Material, Zeitz gab seinen Gewerbeschein zurück. Jörg Lange: „Ich habe ihm gesagt, das hat keinen Zweck mehr, du läufst gegen eine Wand, die drehen dir legal den Hahn ab.“ Zeitz sah das offensichtlich auch so. Anfang 1985 stellte er einen Ausreiseantrag. Als Reaktion kam, im April, die Stasi.

Wie die Staatsorgane sich eigentlich hätten verhalten müssen, steht auch im DDR-Eingabengesetz: „Den Bürgern dürfen aus der Wahrnehmung dieses Rechts keine Nachteile entstehen.“ ♦